

Betreff:

**Haushalt 2019**

**Stellenplan**

Organisationseinheit:

Dezernat II

10 Fachbereich Zentrale Dienste

Datum:

03.12.2018

Beratungsfolge

Finanz- und Personalausschuss (Entscheidung)

Sitzungstermin

05.12.2018

Status

Ö

**Beschluss:**

unverändert

**Sachverhalt:**

Es wird vorgelegt:

Anlage 7: Fraktionsanträge zum Stellenplan 2019  
(Hierzu sind Einzelabstimmungen erforderlich)

In der nunmehr vorgelegten Anlage 7 wurde unter lfd. Nr. 4 ein zusätzlicher Stellenplanantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufgenommen.

Ruppert

**Anlage/n:**

Anlage 7 Haushalt 2019 Stellenplan

**Stellenplananträge** der Fraktionen zum Haushalt  
**Stellenschaffungen**

Lfd. Nr.	Seite der Anträge	Beteiligte FB/Ref.	Antragsteller/ Nr. des Hh-Kons.	Bezeichnung	Abstimmungsergebnis Fachausschüsse			Abstimmungsergebnis Finanz- und Personalausschuss			Anmerkung der Verwaltung
					dafür	dagegen	Entha.	dafür	dagegen	Entha.	
1	132	10/01	BIBS	<b>Einstellung von GebärdensprachdolmetscherInnen</b>  Die Verwaltung stellt zwei GebärdensprachdolmetscherInnen ein, die je nach Bedarf variabel eingesetzt werden können.  Die zwei Stellenschaffungen sollen im Rahmen der Braunschweiger Inklusionsbestrebungen und zur Integration hörgeschädigter bzw. gehörloser Menschen erfolgen. Gebärdensprache ist mittlerweile als eigenständige und durchstrukturierte Sprache anerkannt. Mit der erweiterten Einführung von Gebärdensprache im Rathaus, die bislang erst im Fachbereich Kultur teilweise Einsatz findet, soll diese den gesellschaftlichen Stellenwert erhalten, der ihr im Vergleich zur Lautsprache zusteht. Grundsätzlich ist der Einsatz von GebärdendolmetscherInnen bei vielen Gelegenheiten von großer Wichtigkeit und ein wichtiger Schritt bei der Beseitigung von Barrieren, hier bei der Kommunikation zwischen hörenden und gehörlosen Menschen.							

Stellungnahme der Verwaltung:

Beantragt wird die Schaffung von zwei zusätzlichen Planstellen für Gebärdensprachdolmetscher/-innen. Nach einer ersten Einschätzung der Verwaltung würden diese in Entgeltgruppe E 9b eingruppiert. Dies würde zu zusätzlichen Personalkosten i. H. v. 103.000 €/jährlich führen. Für 2019 wird aufgrund des Genehmigungsverfahrens für den Haushalt und die anschließende Ausschreibung von einer Besetzung zum 1. Juli 2019 ausgegangen. Dies würde zusätzliche Personalkosten von rd. 51.500 € verursachen.

Bisher wurde von Seiten der Verwaltung ein solcher Bedarf nicht gesehen. Auch die umliegenden Städte Hannover, Salzgitter und Wolfsburg sowie die Landesregierung setzen kein eigenes Personal für diese Aufgabe ein, sondern vergeben diese Leistung bei Bedarf.

Bei Personalversammlungen, an denen auch hörgeschädigte bzw. gehörlose Dienstkräfte teilnehmen, wird bei der Stadt Braunschweig bisher auch eine Vergabe der Dolmetscherleistungen durchgeführt. Hierfür belaufen sich die Kosten auf rd. 75 €/Stunde.

**Stellenplananträge** der Fraktionen zum Haushalt  
**Stellenschaffungen**

Lfd. Nr.	Seite der Anträge	Beteiligte FB/Ref.	Antragsteller/ Nr. des Hh-Kons.	Bezeichnung	Abstimmungsergebnis Fachausschüsse			Abstimmungsergebnis Finanz- und Personalausschuss			Anmerkung der Verwaltung
					dafür	dagegen	Entha.	dafür	dagegen	Entha.	
2	133	10/67	BIBS	<p><b>Einstellung von Parkrangern</b></p> <p>Zur Verbesserung der Information der Bürgerinnen und Bürger über die Bedeutung des öffentlichen Grüns für Naherholung und Stadtökologie werden im Rahmen eines Pilotprojektes beim Fachbereich Stadtgrün und Sport zwei Parkrangerstellen geschaffen, zunächst befristet auf zwei Jahre.</p> <p>Die Aufgabe der "Parkranger" wird darin gesehen, dass sie die Öffentlichkeit allgemein sowie insbesondere die Besucher der Braunschweiger Grünanlagen über alle ökologischen Belange des öffentlichen Grüns in Braunschweig informieren. Dies kann umfassen: Durchführung und Organisation von Führungen/Demonstrationen und/oder Vorträgen z.B. zu Klimaschutzaspekten zum Erkennen von Baumarten und anderer Vegetation sowie ihren ökologischen Funktionen; zur Erläuterung städtischer Projekte wie z.B. Blühstreifen, extensive Mähwiesen, Projekte zur Förderung von Wildbienen; zur Geschichte der Grünflächen/Parks und ihrer Flora und Fauna; Tierbeobachtungen wie z.B. Fledermausexkursionen, vogel- und insektenkundliche Exkursionen; Erstellen von Informationsmaterial (Faltblätter, aber auch Informationstafeln), Aufklärung zu allgemeinen Umweltaspekten wie Müllvermeidung, Verminderung von Lärmemissionen und zur Problematik freilaufender Hunde in öffentlichen Grünanlagen sowie organisatorische Mithilfe bei der Erarbeitung von Lösungsvorschlägen bei Problemlagen. Bei unserem Vorschlag stehen Umweltpädagogik und Umweltinformation als Aufgaben im Vordergrund. Aufsichts- und Ordnungsfunktionen rangieren - wenn überhaupt - ganz weit hinten.</p>							
Grünflächenausschuss					passiert						
Stellungnahme der Verwaltung:											
Beantragt wird die Schaffung von zwei zusätzlichen Planstellen für Parkranger/-innen. Nach einer ersten Einschätzung der Verwaltung würden diese in Entgeltgruppe E 8 eingruppiert. Dies würde zu zusätzlichen Personalkosten i. H. 85.800 €/jährlich führen. Für 2019 wird aufgrund des Genehmigungsverfahrens für den Haushalt und die anschließende Ausschreibung von einer Besetzung zum 1. Juli 2019 ausgegangen. Dies würde zusätzliche Personalkosten von rd. 42.900 € verursachen.											

**Stellenplananträge** der Fraktionen zum Haushalt  
**Stellenschaffungen**

Lfd. Nr.	Seite der Anträge	Beteiligte FB/Ref.	Antragsteller/ Nr. des Hh-Kons.	Bezeichnung	Abstimmungsergebnis Fachausschüsse			Abstimmungsergebnis Finanz- und Personalausschuss			Anmerkung der Verwaltung
					dafür	dagegen	Entha.	dafür	dagegen	Entha.	
3	141	10/67	CDU-Fraktion	<b>Parkranger</b>  Zur Vermittlung der Inhalte der Park- und Grünanlagenordnung (Ratsbeschluss 18-08876, beschlossen in geänderter Form) und zur Verbesserung der Kenntnisse über die Bedeutung des öffentlichen Grüns für Naherholung und Stadtökologie werden im Rahmen eines Pilotprojektes beim Fachbereich Stadtgrün und Sport zwei Parkrangerstellen geschaffen, zunächst befristet auf zwei Jahre.							
Stellungnahme der Verwaltung: s. lfd. Nr. 2					Grünflächenausschuss			passiert			
4	158	10/67	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<b>Herbizidfreie Grünflächenpflege</b>  Zur Fortführung der herbizidfreien Grünflächenpflege auf dem Niveau und im Umfang des Jahres 2018 sind im Stellenplan 2019 des Fachbereiches 67 insgesamt fünf Saisonstellen vorzusehen.  Wie die Verwaltung mitteilte, konnten mit den Stellen, die im Rahmen der Diskussion um den Haushalt 2018 zur herbizidfreien Grünflächenpflege beschlossen wurden, etliche städtische Flächen ohne den Einsatz von Herbiziden gepflegt werden. Zwar reichen diese fünf Stellen nicht aus, um alle städtischen Flächen komplett ohne den Einsatz von Herbiziden zu pflegen. Es ist allerdings wünschenswert, die herbizidfreie Grünflächenpflege auf dem einmal erreichten Niveau fortzuführen.							
Stellungnahme der Verwaltung: Beantragt wird die Schaffung von 5 Saisonstellen für die herbizidfreie Grünflächenpflege (1 E 5 T 26, 1 E 3 T 104). Dies würde zu zusätzlichen Personalkosten von 114.000€ jährlich führen.											